Die Not hat dann auch den preußischen Militarismus sparen gelehrt, und wenn Genosse Bebel vor einigen Jahren im Reichstag sagte, sobald man einmal die Voraussetzungen des Militarismus zugäbe, lasse sich gegen die ökonomische Wirtschaft der Militärverwaltung nicht viel einwenden, so traf er den Nagel auf den Kopf. Sie ist ungleich sparsamer, als sie zur Zeit der altpreußischen Sparsamkeit jemals gewesen ist. Nicht als ob sie nicht noch sparsamer sein könnte, auch unter den Voraussetzungen des heutigen Militarismus, aber wer über den Hund wegkommt, muß auch über den Schwanz weg, und wer den borussischen Militarismus mit Haut und Haaren verschluckt, dem brauchen ein paar überflüssige Adjutanten oder ein überflüssiges Luxusschiff des Kriegsherrn nicht vor die unrechte Kehle zu kommen. Solche Auswüchse und Schnörkel finden sich an jedem großen historischen Organismus, der mehr oder minder an seine Überlieferungen gebunden ist; es ist wie mit den Falten der Wange und den Runzeln der Stirn, die man nicht wegschaffen kann, wenn man den ganzen Kopf als ehrwürdiges Greisenhaupt verehrt und verklärt.

Das kleine Übel läßt sich nicht aus der Welt schaffen, wenn man das große Übel nicht antasten will. Was hat denn Eugen Richter, von dem wir gern anerkennen, daß er ein ebenso guter Kalkulator, wie schlechter Politiker war, mit seiner Kritik am Militarismus erreicht? Wir fürchten, daß sich sogar der „ausgestopfte Hauptmann", durch den er vor vierzig Jahren seine Lanze rennte, heute noch eines munteren Daseins erfreut. Seien wir aber freigebig und nehmen wir an, daß die Reichsschulden von vier Milliarden ohne Eugen Richters vierzigjährige Tätigkeit noch zehn Millionen oder unsertwegen hundert Millionen höher wären. Was wäre denn damit geändert? Die Bastion des Defizits donnert doch zu Tal, auch wenn an dieser oder jener Ecke einiger Schnee abstäubt.

Inzwischen jeder nach seiner Kraft, und wir wollen an sich gar nichts gegen das Bemühen einwenden, den „ausgestopften Hauptmann" und dergleichen Dinge endlich zu beseitigen. Aber man soll sich damit nicht groß tun als mit einer Sache, die am Wesen der Finanznot irgend etwas ändert, und vor allem soll man endlich mit dem Trödel der altpreußischen Sparsamkeit einpacken, der — an sich schon sinnlos — den Rückwärtsern aller Art nur eine bequeme Handhabe bietet, das zu beseitigen, was im neudeutschen Reichsorganismus etwa noch an moderner Kultur vorhanden ist.

Die Vorgänge auf dem Balkan.

Von **Parvus**.

Die neueste Geschichte Europas beginnt mit der russischen Revolution. Einerlei, ob es sich um Verfassungskämpfe in Österreich handelt oder um die Reichstagswahlen in Deutschland oder um die türkische Revolution oder um eine bosnische Konstitution oder darum, daß Ferdinand von Koburg die Krone der bulgarischen Zaren auf seinen germanischen Schädel setzt — wir bekommen keine vollkommene Erklärung der Ereignisse, ob groß oder klein, wenn wir nicht diesen geschichtlichen Faktor mit in die Rechnung setzen.

Die russische Revolution, obwohl selbst nur ein Bruchstück, nur der Anfang einer Entwicklung, hatte doch alle wirkenden politischen Kräfte der Staaten in die Höhe getrieben und die Konflikte verschärft, und selbst in ihrem Falle, niedergeschlagen von einer blutigen Soldateska, zieht sie die Staaten nach sich. Sieht man die gewaltigen politischen Nachwirkungen der russischen Revolution in Europa und außerhalb Europas, so gewinnt man erst eine Vorstellung von der großen geschichtlichen Tragweite jener russischen Ereignisse, wenn sie sich hätten voll entfalten können, und begreift die Angst, welche die Regierungen und alle herrschenden Gewalten angesichts der russischen Revolution erfaßt hatte. Aber obwohl besiegt, ist sie nicht tot und schöpft aus ihrer Niederlage neue Kräfte. Sie verwandelt den Triumph des Staates über sie in eine Quelle fortgesetzter Verluste und Demütigungen für ihn. Was seine Stärke ausmachte, der Sieg über das eigene Volk, wird zu seiner Schwäche. Der Sieg über die Revolution bedeutet die Vernichtung des Staates. Und alles, was in der Welt der Politik geschieht, seitdem die russische Revolution niedergeschlagen worden ist, bestätigt das aufs neue. So auch jetzt die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel.

Das plötzliche Hervortreten Österreichs mit dem Projekt der Sandschakbahn, das den Anstoß gab zu der sich überstürzenden Entwicklung der Ereignisse auf der Balkanhalbinsel, wäre unmöglich gewesen, wenn Rußland noch als mächtiger Großstaat dastände. Aber die Staatsmacht Rußlands lag in Trümmern. Der Zusammenstoß mit Japan zeigte, daß man zu einem modernen Kriege nicht bloß Gewehre und Geschütze, sondern auch noch einen parlamentarisch ausgebauten Staat und freie Bürger als Soldaten und nationale Begeisterung braucht. Eine solche Armee könnte in Rußland nur die Revolution schaffen, und die Revolution war niedergeschlagen. Als nun Österreich so handelte, wie wenn Rußland gar nicht existierte, so hatte die russische Regierung als Antwort darauf nur das demütigende Bewußtsein ihrer Ohnmacht. In seiner großen Rede in der Duma anläßlich des österreichischen Vorgehens im Sandschak Novibazar erklärte der russische Minister des Äußern Iswolsky am 5./18. April 1908: „Wir dürfen, wir können nichts unternehmen, was uns zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit irgend jemand bringen könnte, denn Rußland braucht vor allem den Frieden, braucht die Wiederherstellung seiner Kräfte nach den äußeren und inneren Erschütterungen der letzten Jahre." Das gibt uns den Schlüssel zum Verständnis der russischen Politik im europäischen Orient.

Eine Taktik der Ohnmacht wird leicht zu einer Taktik der Bosheit. Da man Österreich nicht hindern konnte, im Sandschak Novibazar sich häuslich einzurichten, suchte man nach Gelegenheiten und Vorwänden, um die Verwirrung im Orient möglichst zu steigern. Deshalb der Ruf nach Kompensationen und das Verlangen nach einem neuen europäischen Kongreß, das schon damals von der russischen Regierung gestellt wurde. Neben Italien wurden schon damals Bulgarien und Serbien von der russischen Regierung vorgeschoben. Das Projekt der Adriabahn tauchte auf, und die mazedonischen Reformen gewannen auf einmal in den Augen der russischen Diplomaten eine aktuelle Bedeutung. „Statt gegen die Eisenbahn im Sandschak zu protestieren" — erklärte in der obenerwähnten Programmrede Herr Iswolsky — „sind wir vor die Mächte mit dem Vorschlag getreten, alle jene anderen Eisenbahnpläne auf der Balkanhalbinsel zu unterstützen, die sich für die Balkan-

staaten nützlich erweisen können." Wir sehen, der Zusammenhang wird hier von der russischen Regierung vor dem russischen Parlament offen zugegeben: es handelt sich bei der Adriabahn nicht um diese selbst, sondern um ein politisches Gegenstück zu Österreich; nicht um wirtschaftliche Interessen handelt es sich, nicht um die Handelsentwicklung der Balkanländer, sondern darum, Österreich ein Paroli zu bieten, neue politische Interessengruppen zu schaffen und so die Verwirrung zu steigern.

Diese intrigante Taktik ist selbstverständlich keine neue Erfindung des Herrn Iswolsky. Sie gehört zu den glorreichsten Überlieferungen der russischen Diplomatie, aber nicht nur dieser allein. Zwei Staaten betreiben im edlen Wettbewerb miteinander die gleiche Politik auf der Balkanhalbinsel: Rußland und Österreich. Beide suchen sie in jenem politischen Wetterwinkel Europas ein Gleichgewicht der Schwäche zu schaffen. Die Türkei wird geschwächt, aber zugleich werden die von ihr losgelösten Kleinstaaten in ihrer Entwicklung gehindert. So wird die Artischocke präpariert, bis der Augenblick kommt, um sie zu verspeisen. Die geschichtlichen Tatsachen dieser Entwicklung sind in der letzten Zeit oft genug in Erinnerung gebracht worden. Ich verweise zum Beispiel auf das Verhalten Rußlands gegenüber Bulgarien: wie es ein selbständiges Bulgarien schuf, um die Türkei zu schwächen, zugleich aber auch durch die Trennung Ostrumeliens dieses Bulgarien in seiner Entwicklung hinderte, daß Bulgarien erst durch Kriege im Gegensatz zur Politik der russischen Regierung seine Vereinigung mit der stammverwandten Bevölkerung Ostrumeliens hat durchsetzen können und während eines Vierteljahrhunderts, seit seiner Befreiung aus der türkischen Knechtschaft in der zarischen Regierung, die zur Erreichung ihrer Ziele vor keinem Mittel scheute, bis zum Aufstand und Meuchelmord, den schlimmsten Feind seiner Selbständigkeitsbestrebungen fand. Daß diese Perfidie nicht bloß den vielgeliebten „slawischen Brüdern" gegenüber geübt wurde, zeigt aus der jüngsten Geschichte des Orients das Verhalten der zarischen Diplomatie in der Kretafrage: erst wurde die Bewegung auf Kreta, weil sie das türkische Reich zersetzte, gefördert und Griechenland begünstigt, dann aber, als Griechenland dazu schritt, sich mit Kreta zu vereinigen, wandte sich die zarische Regierung schroff dagegen, sie wirkte am meisten mit, um die Türkei zum Kriege zu treiben; während des Krieges nahm sie entschieden Stellung gegen Griechenland; als aber Griechenland besiegt und geschwächt wurde und von dieser Seite keine Gefahr einer unliebsamen Machtentfaltung mehr drohte, da änderte die zarische Diplomatie wieder ihre Taktik, arbeitete auf die Trennung Kretas von der Türkei hin und bewirkte, daß Kreta einen griechischen Prinzen zum Herrscher bekam, um so die persönliche Union beider Länder herzustellen. Doch das sind, wie gesagt, bekannte Tatsachen. Das Neue an der Taktik des Herrn Iswolsky war, daß sie für Rußland unzeitgemäß war, sintemalen Österreich für seinen Teil sich nicht mehr mit der Taktik des Abwartens begnügte, sondern zugriff, um Ernte zu halten.

Das Mürzsteger Programm war nicht ein Programm der Entwicklung der Balkanländer, sondern der Aufrechterhaltung jenes Gleichgewichtes der Schwäche, an dem Österreich wie Rußland bis zum Augenblick der Entscheidung gleich interessiert waren. Die Aufrechterhaltung des Status quo bedeutete: kein Staat soll über die ihm gesteckten Grenzen hinausgehen; und doch wurde jeder der Balkanstaaten durch seine Entwicklung gedrängt, sich auf Kosten der anderen auszudehnen. Das Mürzsteger Programm stellte sich also die

unmögliche Aufgabe, die Entwicklung der Balkanhalbinsel dadurch zu fördern, daß man jeden einzelnen Balkanstaat in seiner Entwicklung hinderte. Dieser Widerspruch war freilich nicht erst von den russischen und österreichischen Diplomaten zuletzt geschaffen worden, sondern ergab sich aus der ganzen diplomatischen Geschichte des europäischen Orients. Die Geschichte der Balkanstaaten ist längst nicht mehr ein Kampf gegen die Türkenherrschaft, er ist die Auflehnung aller auf der Balkanhalbinsel fortschrittlich wirkenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte gegen die künstlichen Schöpfungen, Machenschaften und Kombinationen der europäischen Diplomatie. Unter dem Anprall dieser Kräfte hätte auch, früher oder später, das Mürzsteger Programm Schiffbruch leiden müssen. Die Schwäche Rußlands ausnützend, eilte Österreich der Entwicklung voraus und versuchte, aus der Unzulänglichkeit jenes Status quo, den es selbst für unantastbar erklärte, für sich Vorteile zu ziehen.

Die Orientfrage wird gewiß nicht dadurch gelöst, daß man die Balkanstaaten an Österreich angliedert. Mit einem gewissen Rechte könnte man sagen, die Ausdehnung der Grenzen Österreichs bis nach Konstantinopel würde die Orientfrage nicht aus der Welt schaffen, sondern sie bloß in eine innere österreichische Angelegenheit verwandeln. Sie wird auch nicht dadurch gelöst, daß man die Herrschaft des Padischah durch die des Zaren ersetzt. Die Bedeutung der nationalen Gemeinschaft der Slawen soll deshalb nicht bestritten werden. Doch zeigt ja das Schicksal Polens im Zarenreich, daß dies noch keine Gewähr der nationalen Entwicklung darstellt. Selbst wenn man die slawische Frage aus ihren allgemeinen sozialen Zusammenhängen herauslöst, so bleibt es doch noch unentschieden, ob es für die Südslawen des Balkans nicht vorteilhafter sein würde, durch Angliederung an Österreich dieses in ein slawisches Reich zu verwandeln, als sich unter dem Zarenregime von der Masse der Großrussen niederdrücken zu lassen.

Die Orientfrage ist eine wirtschaftliche und eine politische Frage. Die politischen Schwierigkeiten liegen in dem Konglomerat von Nationen, die auf der Balkanhalbinsel zusammengepfercht sind und die sich numerisch ungefähr die Wagschale halten: 6 Millionen Türken, 4 Millionen Bulgaren, 6,6 Millionen Rumänen, ungefähr 5 Millionen Serben, Bosniaken und Montenegriner, zirka 3 Millionen Griechen. Diese nationalen Unterschiede sind übrigens noch von religiösen untermischt und dadurch zum Teil verschärft, zum Teil in Verwirrung gebracht: es gibt viele mohammedanische Slawen, die sich mehr als Türken fühlen, denn als Slawen.

Die Lösung der nationalen Wirrnisse des Orients ist längst theoretisch abgeleitet und geschichtlich gegeben. Sie heißt: Demokratie. Nur in einem politisch vollkommen freiheitlich ausgestalteten Staat können sich die Nationen frei entwickeln. Das ist Grundsatz. Auf der Balkanhalbinsel ist aber die Demokratie auch die unerläßliche Voraussetzung zur Schaffung eines großen Staatsgebildes. Denn die Weltgeschichte, die in jenen Gegenden bereits ein großes Reich unter der Türkenherrschaft bildete, kann unmöglich damit abschließen, daß sie dieses Reich in Fetzen reißt und jeden dieser Fetzen ohne Zusammenhang mit der Vergangenheit, ohne Aussicht für die Zukunft sich selbst überläßt. Unsere Zeit fordert und fördert noch viel stärkere politische Konglomerationen als die vergangenen Jahrhunderte. Selbst die großen nationalen Staaten Westeuropas genügen ihr nicht mehr. Die Zukunft im Orient gehört einem Bund der Balkanstaaten. Aber wenn in dem Vorgehen der euro-

päischen Diplomatie im Orient Zielklarheit war, so bestand sie darin, ein politisches Zusammenwirken der Nationen und die Entwicklung der Demokratie in den Balkanstaaten zu verhindern. Eher noch ließe man sich die türkische Herrschaft auf dem Balkan gefallen, als die Aufrichtung der Völkersolidarität. So viel man Kleinstaaten fabrizierte, so viel Interessenstreitigkeiten schuf man, und man gab jedem Kleinstaat einen Fürsten zum Regenten, der sein dynastisches Interesse dem nationalen Interesse unterschob. Das bulgarische Volk zum Beispiel könnte sich leicht von seiner Interessengemeinschaft mit dem serbischen Volk überzeugen, der Koburger Prinz Ferdinand aber wird stets bulgarischer Patriot bleiben, weil er weder mit den Bulgaren noch mit den Serben etwas gemeinsam hat und unter dem bulgarischen Nationalinteresse das Interesse seiner Sippschaft versteht.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Länder des Balkans hängt zusammen mit der Handelsentwicklung Südeuropas und Asiens. Hier wirken historische Kräfte, die sich unbedingt Bahn brechen müssen, aber gerade deshalb zu politischen Zusammenstößen führen müssen, wenn ihnen nicht in der Politik Rechnung getragen wird. Die Länder der Levante gehören zusammen, sie haben den gleichen weltgeschichtlichen Aufschwung und den gleichen Niedergang mitgemacht. Weniger die Herrschaft der Türken, als vielmehr die Ablenkung des Weltverkehrs nach dem Atlantischen Ozean bedingte ihren Untergang. Die wirtschaftliche Stagnation dauerte Jahrhunderte und zog eine politische und kulturelle Zerrüttung nach sich. Nun sind aber nicht nur Anzeichen vorhanden, sondern es liegen längst handgreifliche Tatsachen vor, daß die Länder des europäischen Mittelmeers und der Levante zu einem neuen wirtschaftlichen und kulturellen Leben erwachen. Vieles und Verschiedenartiges kommt ihnen zugute: die kapitalistische Überproduktion in den Industriestaaten Europas, der Überfluß an Geldkapital ebensosehr, wie die Entwicklung des Schiffsverkehrs durch den Suezkanal, die industrielle Erschließung der Küsten Asiens, der große Handelsverkehr des Stillen Ozeans und technische Umwälzungen, wie die Entwicklung der Elektrotechnik, welche die großen Wasserkräfte des Balkangebirges in enorme Reichtumsquellen verwandeln wird. Das weltverlorene Eckchen Europas hat die besten Aussichten, zum Mittelpunkt des Weltverkehrs zu werden. Wenn Österreich eine industrielle Zukunft hat und wenn Italien sie hat, so werden die beiden von der industriellen Zukunft der Balkanländer noch gewiß überboten. Nur standen bis jetzt die Balkanstaaten sich gegenseitig politisch im Wege. Das hielt die wirtschaftliche Entwicklung des Ganzen zurück. Immerhin sind nicht unerhebliche Fortschritte zu verzeichnen. So betrug das Eisenbahnnetz der Balkanhalbinsel im Jahre 1880 nur erst 2856 Kilometer, nunmehr hat es bereits das neunte Tausend überschritten, beträgt 9047 Kilometer. Die Ausfuhr der Balkanstaaten beträgt gegenwärtig über 600 Millionen Mark jährlich, die Einfuhr mehr als 800 Millionen. Noch wichtiger ist, daß der Handelsverkehr vielgestaltiger wurde, sich neue Bezugsquellen und Absatzmärkte erschloß. Währenddem früher Österreich und England so ziemlich den gesamten Handelsverkehr des Balkans besorgten, sehen wir jetzt immer schärfer auch andere Industrieländer hervortreten, Frankreich, Deutschland, auch Belgien, welch letzteres zum Beispiel in den letzten Jahren bei der Warenausfuhr Bulgariens von unbedeutenden Anfängen an die erste Stelle gerückt ist. Aber ein Handelsverkehr, der sich auf ein halb Dutzend Kleinstaaten verteilt, kann sich selbstverständlich nicht so

vorteilhaft entwickeln, als wenn diese nebeneinander liegenden wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiete ein gemeinsames, großes politisches Gebilde darstellen. Wie der allgemeine Handelsverkehr, so ist im besonderen der Schiffsverkehr zersplittert, und zerstückelt selbst die Eisenbahnen. Diese Länder sind aufeinander angewiesen, da sie aber politisch getrennt sind, so bekämpfen sie einander, statt sich gegenseitig zu fördern, und suchen jeder auf Kosten des anderen zur Macht zu gelangen. Und was Rußland, was Österreich nicht zustande bringen können, das wird auch ein anderer Staat auf dem Balkan, sagen wir etwa Bulgarien, wenn es die Vorherrschaft gewinnt, nicht fertig bringen können. Die Lösung des Problems liegt nicht in dem Übergewicht des einen Balkanstaates über die anderen, vielmehr in der politischen Einigung der Balkanstaaten.

Eine Orientpolitik, die nicht von den Interessen dieser oder jener kapitalistischen Großmacht, oder gar dieser oder jener Dynastie ausgeht, sondern die das gemeinsame Interesse der Kulturentwicklung Europas im Auge hat, hat deshalb nur eine, dafür aber klare und bestimmte Aufgabe: die Demokratisierung der Balkanstaaten. Dazu gehört aber vor allem, daß man der selbstsüchtigen Diplomatie der kapitalistischen Staaten die Wege nach dem Orient verlegt. Die Balkanländer brauchen kein Protektorat, keine europäische Einmischung, sie werden schon selbst mit ihren Schicksalen fertig, wenn man sie sich selbst überläßt. Das wäre für Europa schon deshalb von eminentem Vorteil, weil schon längst viel weniger Konfliktstoff im Orient sich bildet, als dorthin von außen, seitens der europäischen Großmächte hineingetragen wird.

Daß eine solche Politik nicht im Interesse der zarischen Regierung liegt, vielmehr der gesamten Geschichte der russischen Orientpolitik widerspricht, alle ihre Hoffnungen und Aussichten zunichte macht, ist leicht einzusehen. Kennzeichnend aber ist, daß gerade in diesem Punkt die russische Regierung die Zustimmung aller Kreise der russischen Bourgeoisie bis zur äußersten bürgerlichen Linken gefunden hat. Die russischen Demokraten unter der Führung des Herrn Miljukoff entwickelten bei der Besprechung der Orientfrage in der Duma Ansichten, die der Regierung nur durch ihren übertriebenen Patriotismus unbequem werden konnten. Die Orientfrage war für sie nicht eine bulgarische oder türkische oder griechische oder serbische oder slawische oder europäische, sondern eine russische Frage — die Frage der Machtentfaltung Rußlands auf Kosten anderer Staaten. „Unser traditionelles Ziel im Balkan" — erklärte Herr Miljukoff — „läßt sich doch wohl kaum so friedlich mit dem einseitigen Erfolg der mit uns konkurrierenden Macht aussöhnen. Ich weiß nicht, wie der Minister des Auswärtigen denkt, aber als ich im westlichen Mazedonien reiste und den Anfang dessen sah, was jetzt so üppig aufblühte und Früchte zu tragen verspricht, konnte ich nicht umhin, ‚Neid' zu empfinden. ... Der Minister des Auswärtigen, der die Möglichkeit hatte, noch im September vorigen Jahres sich mit Baron Aehrenthal zu verständigen, konnte diese Erfolge der österreichischen Politik voraussehen. ... Ich sage nicht, daß es nötig war, Protest zu erheben; es war vor allem notwendig vorzubeugen, und das brachte unsere Diplomatie nicht fertig. ... An Stelle eines Protestes, meint ferner der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, entschied sich die russische Diplomatie dafür, mit dem Vorschlag der Unterstützung anderer parallelen Eisenbahnpläne aufzutreten. Gewiß, nachdem wir den Moment verpaßt hatten, blieb uns nichts anderes zu tun übrig, als was unser Ministerium des Auswärtigen getan hatte."

Durch solche Reden wurde die russische Regierung offenbar nur zu einem desto energischeren Vorgehen auf der bereits beschrittenen Bahn angestachelt. Statt die auswärtige Politik, diesen wundesten Punkt der zarischen Regierung, zu einem vorteilhaften Angriffspunkt der Opposition zu machen, hat die russische Demokratie, unter obligatem Geschimpfe und einer zur Schau getragenen Besserwisserei, der Regierung den Rücken gedeckt. Sie glaubte freilich, durch den „positiven" Standpunkt, den sie in der auswärtigen Politik einnahm, einen besseren, mehr realen Kampfesboden gewonnen und zugleich ihre Regierungsfähigkeit oder wenigstens ihre staatsmännische Weisheit vor aller Welt und vor allem vor der Regierung bewiesen zu haben. In Wirklichkeit übernahm sie dadurch nur die moralische Verantwortung für die Handlungen der Regierung, ohne diese Handlungen beeinflussen zu können. Man kann ihr dabei nicht einmal den Milderungsgrund zusprechen, daß sie es aus politischer Einfalt getan habe. Sie hat es getan aus politischer Schlauheit und Feigheit. Denn die bürgerliche Demokratie in Rußland sucht seit den ersten Tagen ihrer Existenz nach Einigungsmomenten mit der Regierung, um ihr klar zu machen, daß die bürgerliche Demokratie nur dem Anschein nach demokratisch sei und die Regierung selbst nur aus Versehen reaktionär. Sie glaubte deshalb tatsächlich, durch diese Haltung in der auswärtigen Politik sich der Regierung unentbehrlich machen zu können. Sie erreichte damit nur, daß sie jetzt die diplomatischen Niederlagen der Regierung mitmacht, statt aus diesen Niederlagen oppositionellen Stoff zu schöpfen.

Die einzige Partei, die in der Duma entschieden Stellung nahm gegen die auswärtige Politik der zarischen Regierung im allgemeinen und gegen ihre Orientpolitik im besonderen, war die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Fraktion verweigerte den Etat des Ministeriums des Äußern und führte unter anderem folgende Gründe an: „daß unsere äußere Politik stets den Charakter von Abenteuern trug, daß diese Politik die Interessen der breiten Volksmassen vollkommen ignorierte und nur den selbstsüchtigen Interessen einzelner Gruppen der privilegierten Klassen diente, daß sie stets und überall die soziale und politische Reaktion mit allen Mitteln bis zur bewaffneten Einmischung unterstützte." Diese Erklärung wurde selbstverständlich mit Hohngelächter aufgenommen. Aber das Verhängnis blieb nicht lange aus. Mit der Sozialdemokratie stellte sich auch die Weltgeschichte auf den „rein negativen" Standpunkt und führte alle Machenschaften der Diplomatie und alle staatsmännischen Klügeleien der Parteien ad absurdum.

Ein neuer Faktor trat auf, der alle bisherigen Kombinationen über den Haufen warf. Dieser neue Faktor war die türkische Revolution.

Die türkische Revolution kam unerwartet. Sie hat aber ihre äußere und innere Geschichte. Ihre äußere Geschichte hängt zusammen mit der europäischen Diplomatie, die bewußt und unbewußt auf die Vernichtung der Türkei hinwirkte. Die Okkupation von Novibazar gab einen mächtigen Anstoß, um die Revolution zu beschleunigen; die russische Politik der Kompensationen tat ein übriges. Es wurde klar, daß die Türkei aufhören werde zu existieren, wenn sie nicht in sich selbst die Kraft zur politischen Wiedergeburt finden würde.

Die innere Geschichte der türkischen Revolution hängt zusammen mit der allgemeinen Entwicklung der Balkanhalbinsel. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß diese Länder eine soziale und kulturelle Umgestaltung durchmachen, so ist er eben durch die türkische Revolution erbracht worden. Haben

auch die jüngsten Ereignisse der auswärtigen Politik ihren Ausbruch hervorgerufen und ihren Siegeslauf bedingt, so war sie doch durch diese äußeren Momente kaum mehr beeinflußt, als etwa die russische Revolution durch den Japanischen Krieg. Sie war unvermeidlich wie jene. Wie jeder unter anderen Verhältnissen entwickelte zentralisierte Staat bei seiner Begegnung mit dem Kapitalismus, suchte auch die türkische Despotie die kapitalistische Entwicklung bald zu hindern, bald sie ihren eigenen Zwecken unterwürfig zu machen, und endete damit, daß sie das Land der kapitalistischen Ausbeutung auslieferte, ohne aus der kapitalistischen Entwicklung politische Macht zu schöpfen. Unter dem Aushängeschild der Herrschaft des Sultans wurde die Türkei zu einer kapitalistischen Kolonie unter fremder Verwaltung. Ganz abgesehen von den Eisenbahnen, die internationalen Gesellschaften gehören, stehen bekanntlich die Finanzmittel des Reiches unter ausländischer Kontrolle, sie sind für Schulden verpfändet. Die dette publique ottomane zog im Laufe der Zeit den größten Teil der Finanzverwaltung an sich, sie verstand es, die Steuerschraube so vorzüglich zu gebrauchen, daß sie seit 1880 ihre Einnahmen beinahe verdoppelte. Die Regierung war nicht nur im Falle großer außerordentlicher Ausgaben, sondern selbst bei der Auszahlung der Gehälter an die Armee von der Bank Ottoman abhängig. Schließlich blieben der türkischen Regierung tatsächlich keine anderen Funktionen übrig, als sich durch Bestechungen zu bereichern; dafür aber war wer Backschisch zahlte Herr im Lande. So waren denn die Türken, die Beherrscher des Balkans nicht minder beherrscht, als die von ihnen beherrschten Nationen, und hatten sicher keine geringeren Gründe zur Revolution, als jene zu Aufständen. Deshalb auch der innige Zusammenhang zwischen der türkischen Revolution und dem mazedonischen Aufstand. Deshalb die große Wirkung, die sie ausübt auf die politische Umgestaltung und Konsolidierung der Balkanstaaten.

Die türkische Revolution, die der Türkei die Wege der politischen Entwicklung aufschließt, bedeutet zugleich die Befreiung der Balkanstaaten von der Fremdenherrschaft des europäischen „Konzerts". Darum drängt sie nach allen Seiten zur Lösung der bestehenden Verhältnisse.

Total verändert erscheint vor allem die Stellung Österreichs.

Vor der Revolution durfte Österreich als der Vertreter des politischen Fortschritts auf dem Balkan auftreten. Es war nicht viel an dieser österreichischen Zivilisation, immerhin gab es ihm eine Vorzugsstellung. Was brachte Österreich nach Bosnien? Es brachte die Finanzmittel des Großstaats, die ihm erlaubten, Eisenbahnen zu bauen und Straßen zu legen über die Gebirge und durch die Wälder. Es brachte Kapital, zwar nicht übermäßig viel, doch genügend, um die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu zerrütten. Und es brachte Gendarmen. Das Gendarmeriekorps, das ist der österreichische Staat in Bosnien; das Gendarmeriekorps bedeutet aber Schutz des Eigentums. Das ist alles; doch wie das in jenen Gegenden wirkte, dafür besitzen wir das Zeugnis eines Politikers, dem man am allerwenigsten Voreingenommenheit für Österreich vorwerfen könnte. Herr Miljukoff teilte in seiner von uns erörterten Rede in der Duma als Ergebnis seiner Wahrnehmungen in Mazedonien mit: „In Mazedonien hofft man viel mehr auf eine österreichische Okkupation, als auf eine russische Einmischung." Also lieber österreichisch als türkisch — das war die Losung vor der Revolution.

Nun war man aber in den okkupierten Gebieten mit der österreichischen Herrschaft keineswegs zufrieden, und die Unzufriedenheit wuchs. Das Kapital,

dem der österreichische Staat durch seine Eisenbahnen und Gendarmen die Wege im Lande bahnte, machte ein Ende der Naturalwirtschaft des bosnischen Bauern, es eröffnete ihm aber nicht einmal den Ausweg in die Fabrik, sondern stellte ihm das Auswandererschiff zur Verfügung, um sich in Amerika eine neue Heimat zu suchen. Das Ergebnis sind verfallene Hütten, eine dezimierte Bevölkerung und steigender Verdruß der Volksmassen. Zugleich vollzog sich eine Änderung in den oberen Schichten der Bevölkerung. Unter der türkischen Herrschaft waren die einheimischen Händler und Dorfwucherer obenan, die die Mittelspersonen abgaben im Verkehr der türkischen Behörden mit der Bevölkerung und aus dieser Stellung für sich politischen Einfluß und wirtschaftliche Vorteile zogen. Sie wurden rasch von den aus Österreich hereinschwärmenden Ausbeutern, die mit modernen Mitteln, wie Aktiengesellschaften, Bankkapital usw., arbeiteten, wenn nicht verdrängt, doch überflügelt. Mit der türkischen Beamtenkorruption verschwand auch ihr politischer Einfluß. Indessen zogen sowohl die Aktiengesellschaften und Banken wie der österreichische Staat aus dem gleichen Milieu neue Elemente an sich heran. So entstand eine neue Bourgeoisie, die aber keineswegs gouvernemental, sondern oppositionell gesinnt ist. Diese Emporkömmlinge sagen sich nicht mit Unrecht: was der Deutsche in Bosnien kann, das können wir auch, und sie fühlen sich „national". Diese nationale Stimmung der bosnischen Bourgeoisie wurde noch gestärkt durch ihre Berührung mit den Kroaten und Tschechen — Österreich wirkte nicht germanisierend, sondern slawisierend. Die Jugend ging auf die Universität nach Prag, Agram, Wien und machte dort eine nationalistische politische Schulung durch. Diese nationalistisch gesinnte Intelligenz sucht konsequenterweise Anschluß in den Volksmassen, sie wird infolgedessen demokratisch. Die erste Folge des Aufkommens dieser neuen demokratischen Strömung war das politische Zurückdrängen der alten herrschenden Geschlechter. Dadurch wurde aber erst das Gesichtsfeld frei zum Kampfe gegen die österreichische Regierung und den österreichischen Einfluß. Dieser Kampf wurde verschärft einerseits durch die unsichere, unbestimmte Stellung Bosniens als Okkupationsgebiet, das nicht mehr die türkische Herrschaft über sich hat, aber auch keine Rechte in Österreich besitzt, andererseits durch die nationalen Kämpfe der Slawen in Österreich und Ungarn.

Es gab demnach in Bosnien Zersetzungsmomente genug, um den nationalen Verdruß zu fördern. Es fehlte aber dem aufkommenden Nationalismus eine politische Richtlinie und ein politischer Zusammenhang. Denn so sehr man auch über Österreich schimpfte, konnte man doch nicht im Ernste daran denken, unter das alte türkische Regime zurückzukehren; und an dem Beispiel des stammverwandten Serbien sah man, daß auch in der Bildung von Kleinstaaten nicht die Lösung des Problems liege. Der Bewegung fehlte der reale politische Boden, um so mehr gefiel sie sich in allgemeinen nationalen Redensarten.

Die Sache bekam auf einmal ein anderes Gesicht mit dem Siege der türkischen Revolution. Jetzt wurde auch für die nationalen Bestrebungen in Bosnien die Losung gegeben. Diese Losung ist: Verfassung.

Bis dahin war die Frage Bosniens eine türkische Frage, und so wird sie jetzt noch von der Diplomatie aufgefaßt. Die türkische Frage ist aber nunmehr unter dem Einfluß der türkischen Revolution zu einer bosnischen Frage geworden. Weniger um die Türkei, die sich auf ein geschichtlich überliefertes Eroberungsrecht stützt, oder um Österreich, das sein Eroberungsrecht in Bosnien

erst neu einweiht, handelt es sich, als vielmehr um die Rechtlosigkeit der bosnischen Bevölkerung. Bis jetzt dachte man gar nicht daran, schien es gar nicht zu wissen, daß ein Okkupationsgebiet ein rechtloses Volk bedeutet. Man dachte an das Land, an die Wälder und Viehweiden, und nicht an die Menschen, die das Land bewohnen. Indem die Türken sich politische Rechte eroberten, brachten sie die politischen Rechtsansprüche der bosnischen Bevölkerung zum Bewußtsein der Politiker.

Die Autorität der reformierten Türkei geht ihrer Macht voraus. Es ist der Schattenwurf ihrer steigenden Macht, durch den sie verdunkelt wird. Der türkischen Revolution bereiten Schwierigkeiten jene großen politischen Folgen, die sie als geschichtliches Ereignis von großer Tragweite nach sich ziehen muß.

Mit dem Ausbruch der türkischen Revolution begann auch in den österreichischen Okkupationsgebieten eine starke Gärung. Die junge Demokratie und die alten politischen Macher und türkischen Zwischenträger, die aus der Überlegenheit des österreichischen Kapitals und aus dem Verlust der alten patriarchalischen Türkenherrschaft, unter der man so gut Geschäfte machen und zugleich als Beschützer und Beschirmer der Nation sich hat aufspielen können, die man ausbeutete, sie traten zusammen, um das Volk unter der Forderung einer Verfassung zu einigen. Und sie finden unbedingt Anklang in den Volksmassen, denen das Elend im Nacken sitzt. Neben einer konstitutionellen Türkei konnte Bosnien als Okkupationsgebiet nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden.

Österreich zog die Schlußfolgerung aus dieser durch die Revolution geschaffenen Sachlage, indem es Bosnien annektierte. Vom Standpunkt der österreichischen Orientpolitik war die Annexion unvermeidlich; ob sie Österreich politische Vorteile bringen wird, ist eine andere Frage. Das slawische Element wird dadurch jedenfalls im österreichischen Reichsrat verstärkt, und die nationalen Kämpfe werden nicht vermindert, sondern verschärft werden.

Zugleich gibt Österreich das einst okkupierte Sandschak Novibazar auf. Es ist kennzeichnend, daß die politische Presse, die so viel Lärm schlug wegen der formellen Angelegenheit der Annexion, diesen anderen Fall, bei dem Österreich tatsächliche Vorteile preisgibt, fast vollständig außer acht ließ. Die Aufgabe des Sandschak Novibazar besagt: Österreich zieht die Finger aus dem Feuer. Das ist ein sehr realer politischer Erfolg der türkischen Revolution. Statt diesen Erfolg als ersten Schritt zur Konsolidierung der Türkei zu würdigen, gefällt sich eine böswillige Kritik darin, das junge türkische Regime für den Verlust Bosniens verantwortlich zu machen, weil es den Namen hat aufgeben müssen, nachdem das Ding bereits längst verloren gegangen war.

Ganz besonders die russische Presse, von den echt russischen Pogrompolitikern bis zu den Konstitutionelldemokraten, schäumt förmlich vor Wut über angesichts der jüngsten Ereignisse auf dem Balkan. Sie sekundiert damit nur der russischen Diplomatie, deren perfides Spiel in der Orientpolitik diesmal elenden Schiffbruch erlitt.

Die russische Diplomatie sah erst in der türkischen Revolution ein Gegengewicht zu Österreich. Deshalb die neutrale Haltung der russischen Regierung. Sie unterließ aber keinen Augenblick ihr Doppelspiel der äußerlichen Wahrung der Integrität der Balkanstaaten und ihrer geheimen Zersetzung. Es unterliegt jetzt, nach der Auseinandersetzung zwischen Aehrenthal und Iswolsky, keinem Zweifel, daß der russischen Regierung die Absicht Österreichs, Bosnien formell zu annektieren, bekannt war. Sie protestierte nicht dagegen — was

hätte es auch genützt! — und wenn sie auch eine gewisse formelle Verwahrung einlegte, so erklärte sie doch, nach den eigenen Worten des Herrn Iswolsky, daß dies keinen Casus belli bilden würde. Statt offen und geradezu ihren Standpunkt zu vertreten, ging die russische Diplomatie vielmehr den Weg, den ihr auch Herr Miljukoff empfohlen hatte, und wühlte im geheimen, um „Kompensationen" zu schaffen. Man hatte sich die Sache so zurecht gelegt, daß nach der Annexionserklärung zunächst Bulgarien seine Unabhängigkeit erklären würde, dann käme Serbien mit seinen Forderungen, Montenegro, Griechenland usw., und auf einem europäischen Kongreß würde man die Gegensätze hübsch schüren und aufeinanderprallen lassen. Österreich war aber schlau genug, Bulgarien vortreten zu lassen. Das brachte fürs erste das diplomatische Spiel der russischen Regierung aus dem Konzept.

Die politische Publizistik Rußlands, die sich mitgetroffen fühlte von der Schlappe der russischen Diplomatie, geriet völlig außer Fassung. Erst stürzte sie über den Fürsten Ferdinand her. „Den Fürsten Ferdinand", schrieb die ‚Nowoje Wremja', „würde niemand hindern, sich zum König zu ernennen nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina, aber er übereilte sich so sehr, die Königskrone zu erreichen, daß er aus den Händen Österreichs den geweihten Schlüssel nahm und den Deutschen die Tür zu jenem Heiligtum aufmachte, wo die Reste der slawischen Freiheiten aufbewahrt wurden." Diese Auslassungen bedürfen wohl keines Kommentars: alles wäre also danach gut und recht, wenn nur Bulgarien Österreich nachfolgte, statt ihm voranzugehen. Aber wäre denn dann durch das Vorgehen Bulgariens weniger Verwirrung geschaffen, der Frieden weniger gefährdet? Eher mehr! Folglich kommt es dem russischen Offiziosus nicht auf den Frieden an, sondern darauf, gegen Österreich zu hetzen. Nun kommt er und mit ihm die gesamte russische Presse aus dem Schimpfen über Österreich nicht heraus; zugleich werden die Deutschen mitgenommen. Doch das hilft über jenes trostlose Gefühl der inneren Leere nicht hinaus, das den Lohgerber beschleicht, wenn ihm die Felle fortgeschwommen sind. So wird denn nach dem Schuldigen gesucht. „Das russische Publikum", schreibt die ‚Nowoje Wremja', „hat das Recht, in Erfahrung zu bringen, ob wir bei der Zusammenkunft in Buchlau Bosnien verkauft haben oder nicht?" Die Frage kommt zu spät, Bosnien ist schon 1878 von der russischen Regierung preisgegeben worden, um das nichtslawische Bessarabien dafür einzutauschen. Herr Iswolsky kann wahrlich nichts dafür, er soll nur den Prügelknaben abgeben für das Mißlingen einer Diplomatie, an der alle mitschuldig sind, die Regierung sowohl wie die bürgerlichen Parteien in Rußland.

Und indem man über Bulgarien herfällt, weil es zum Störenfried geworden ist, hetzt man zugleich mit aller Macht Serbien zum Kriege auf. „Ihm, dem deutschen Fürsten", schreibt die ‚Nowoje Wremja', „erschien dieser Schritt leicht und natürlich, aber in Belgrad wird man die Sache anders auffassen.... Fürst Ferdinand hat alles getan, was von ihm abhing, damit Bosnien jedem serbischen Bauern als ein Opfer erscheint, das von den eigenen Brüdern geschlachtet wurde."

Und wieder, um die eigene Ohnmacht zu decken, verlangt die zarische Regierung nach einem europäischen Kongreß. Aber wenn jemand die politische Schuld trägt für die unhaltbaren politischen Zustände im europäischen Orient, so sind es diese Kongresse der Großmächte. Sie haben nichts gelöst und nichts geordnet, sondern nur Unzulänglichkeiten und Unzuträglichkeiten

geschaffen. Jetzt weniger denn je liegt die Notwendigkeit vor, die Schicksale der Balkanstaaten durch die ihnen fremden Großstaaten entscheiden zu lassen, statt ihre eigene Entwicklung abzuwarten. Es liegt kein beunruhigender Präzedenzfall vor. Österreich hat kein neues Gebiet annektiert, vielmehr das früher okkupierte Novibazar freigegeben. Es ist auch gar nicht daran zu denken, daß Österreich zu weiteren Okkupationen schreitet. Das Vorgehen Bulgariens ist an sich bedeutungslos; Bedeutung kann es nur gewinnen, wenn sich daran eine verstärkte Agitation zur Angliederung Mazedoniens anschließt. Doch sehen wir ja, daß gerade in Mazedonien sich die stärksten Sympathien für die reformierte Türkei gezeigt haben. Schließlich ist gar nicht abzusehen, warum die Frage, ob Mazedonien türkisch bleibt oder bulgarisch wird, für die Völker Europas mehr Bedeutung haben sollte, als etwa die Frage, ob Schweden und Norwegen zusammen bleiben oder selbständige Staaten bilden? Man muß sich gewöhnen, auch die Balkanstaaten sich selbst zu überlassen. Das ganze akute Interesse und sämtliche europäischen Konflikte um den Orient entstanden aus dem Grunde, weil man die Balkanhalbinsel als präsumtive europäische Kolonie betrachtete. Das muß jetzt aufhören. Die türkische Revolution hat diesen Plänen die Wege verlegt. Also, Hände weg von der Balkanhalbinsel! Und je mehr die türkische Reformbewegung fortschreitet, desto mehr werden auch die kleinen slawischen Staaten auf dem Balkan kennen lernen, daß ihr Heil nicht darin liegt, dem Ehrgeiz der ihnen aufoktroyierten kleinen Fürsten zu dienen, sondern darin, sich der türkischen Revolution anzuschließen, um zu Hause mit den Überbleibseln der Reaktion aufzuräumen.

Kommt der Kongreß der Großmächte zustande, so werden die Völker Europas vor allem dafür zu sorgen haben, daß er nicht störend in die Balkanangelegenheiten eingreift und daß der Friede gewahrt bleibt.

* * *

Nachschrift. In dem Augenblick, da ich die Korrekturen dieses Artikels erhalte, wird das Programm der europäischen Konferenz veröffentlicht, auf das Herr Iswolsky und Sir Edw. Grey übereingekommen sind. Seine Wirkung ist, wie nicht anders zu erwarten war, nicht eine Beschwichtigung, sondern eine Aufrüttelung aller Interessengegensätze und Aufreizung aller Leidenschaften. Die türkische Regierung, die bis dahin eine bewundernswerte Kaltblütigkeit bewiesen hatte, läßt durch ihre offiziöse Presse erklären, „anstatt einer Konferenz würde nunmehr die türkische Armee die Antwort auf die Tagesfragen geben". Aber auch die anderen Interessenten sind unzufrieden: Österreich sowohl wie Serbien; auch aus Italien liegt bis jetzt keine Zustimmung vor. Die französische Presse begegnet dem Konferenzprogramm mit sehr geteilten Gefühlen, und noch weniger erbaut zeigt man sich in Deutschland. Der einzige, der sich vergnügt die Hände reibt, ist Herr Iswolsky, dem es gelungen zu sein scheint, den giftigen Brei einzurühren.

Wir begegnen in der Presse der Meinung, daß Herr Iswolsky, der jetzt im Netze der europäischen Politik herumspringt wie der Floh im Siebe, das Ganze nur eingefädelt habe, um seine persönliche diplomatische Schlappe zu decken. Ich glaube im vorstehenden gezeigt zu haben, daß dies eine sehr oberflächliche Auffassung wäre, daß es sich vielmehr um die traditionelle russische Zersetzung der Türkei, verschärft durch die gegenwärtige militärische Schwäche des Zarenreichs, handle und daß hinter dieser Politik nicht allein die zarische Regierung, sondern auch die russische Bourgeoisie stehe. Auch die

Maske der „unbeteiligten Macht", unter der jetzt Rußland auftritt, ist Herrn Iswolsky erst in den letzten Tagen klar und offen seitens der russischen Presse aller Schattierungen — mit Ausnahme der Arbeiterpresse — empfohlen worden.

Indessen ist in der Türkei selbst ein neues Symptom der nationalen Wiedergeburt zu verzeichnen, das großer Beachtung wert ist — der intensiv durchgeführte Boykott österreichischer Waren. Wir haben in diesem Falle die türkische Bourgeoisie vor uns, die sich zusammenschließt und zum ersten Male selbst ihre Kraft zu fühlen bekommt. Sie stellt zugleich durch diesen Kampf einen, wenn auch vorübergehenden, Zusammenhang mit der Nation her. Diese Bewegung ist nicht reaktionär; sie kann, wie die Dinge jetzt stehen, nur der Revolution zugute kommen — vorausgesetzt allerdings, daß die türkische Regierung sich nicht selbst, angestachelt durch die patriotische Stimmung des Volkes, zu Unbesonnenheiten hinreißen läßt. Eine solche schlimmster Art wäre der Krieg.

Die Präsidentenwahl und die Parteien in den Vereinigten Staaten.

Von **Algernon Lee.**

(Schluß.)

IV.

Und jetzt kommen wir zur diesjährigen Wahlkampagne.

Die nationale Parteikonvention der Republikaner war die erste — abgesehen von der unserigen, die schon im Mai stattfand und über welche ich bereits in der „Neuen Zeit" berichtet habe.[1] Die Konvention der Republikaner fand wie die unserige in Chicago statt und begann am 16. Juni. Amerikanische Parteikonvente mit einziger Ausnahme derjenigen der Sozialisten lassen keine freie Diskussion zu. Aber immerhin gibt es in der Geschichte der amerikanischen Politik keine Konvention, die von der Parteimaschinerie mehr oder auch nur annähernd so vollständig beherrscht worden wäre wie die letzte republikanische. Es erschienen dort wie gewöhnlich zahlreiche Delegationen rivalisierender Fraktionen innerhalb der Partei, aber in jedem Falle entschied das Nationalkomitee, dessen Vorsitzender ein persönlicher Vertreter Roosevelts war, für Zulassung der Freunde und Anhänger des Präsidenten. Vom Präsidenten bezeichnete und ihm genehme Personen präsidierten in der Konvention und bildeten die Majorität in jedem Komitee. Ein persönlicher Repräsentant des Präsidenten brachte von Washington ein fertiges Programm, das auch fast ohne jede Amendierung und ohne jede Diskussion zur Annahme gelangte. Dieses Programm oder — wie der ortsübliche Ausdruck hier lautet — diese Platform ist ein Lobgesang auf Roosevelt und eine Erklärung zugunsten einer Fortsetzung der von diesem eingeschlagenen Politik. Und endlich ist der aufgestellte Kandidat, William Konrad Taft, früher Bundesrichter, dann Gouverneur der Philippinen und zuletzt Kriegssekretär im Kabinett Roosevelts, der anerkannte Kandidat des Präsidenten, dessen Wortführer und Laufbursche zugleich er während mehrerer Jahre war.

Der einzige Vorfall in der Konvention, der nicht dem von Washington hingeschickten Programm entsprach, war das Erscheinen Samuel Gompers',

[1] „Neue Zeit", XXVI, 2, S. 792.